

Grüne setzen im Wahlprogramm auf Schule und Umwelt 2.5.08 UW

Politische Lage wird unübersichtlicher durch den Wegfall der Fünf-Prozent-Klausel

Kiel – „An allererster Stelle“ steht nach den Worten des Kreisvorsitzenden Dirk Scheelje für die Kieler Grünen in der neuen Ratsversammlung die Einführung von Gemeinschaftsschulen. Weitere Schwerpunkte will die Partei im Ausbau der **Kinderbetreuung und in der Forcierung des Projekts Stadtregionalbahn setzen.**

Praktisch ohne Diskussion haben die Grünen am Dienstagabend im

Restaurant „Seeburg“ ihr Wahlprogramm beschlossen. Und ebenso widerspruchslos nahm die Basis den von Selbstbewusstsein geprägten Rückblick Scheeljes auf die vergangenen Jahre zur Kenntnis. Man habe „erfolgreich fünf Jahre mit der CDU kooperiert“ und gehe „erhobenen Hauptes“ in die Kommunalwahl am 25. Mai, betonte der Vorsitzende.

Herausgestrichen hat der 44-Jährige zudem die Rolle der Grünen als Garanten „für einen sorgsam Umgang mit den Finanzen in dieser Stadt“. Eine Politik mit dem Füllhorn werde es mit seiner Partei auch in Zukunft nicht geben, versprach er.

Strategisch setzen die Grünen bei der Kommunalwahl auf ein Zweier-Bündnis. Nur das gewährleistet aus ihrer Sicht die notwendige Stabilität. Dass die politische Lage durch den Wegfall der Fünf-Prozent-Klausel unübersichtlicher werden könnte, befürchtet der Kreisverband dennoch. Als so gut wie sicher gilt der Einzug der Partei Die Linke ins Stadtparlament, unter allen Umständen verhindern will man aber, dass sich die NPD Mandate holt. Scheelje bezeichnete das Werben um eine hohe Wahlbeteiligung als das beste Gegenmittel gegen die Rechten.

Inhaltlich wollen die Grünen bei

den Wählern besonders mit Akzenten in der Bildung und der Umweltpolitik punkten. Neben der Forderung nach Gemeinschaftsschulen in allen Teilen der Stadt bedeutet das auch ein Bekenntnis zu einem Ausbau der Betreuung von Kindern und Jugendlichen. Bekräftigt hat die Mitgliederversammlung außerdem ihr Nein zu einem Ausbau des Gemeinschaftskraftwerks auf dem Ostufer. Bei bloßer Ablehnung von Kohle soll es aber nicht bleiben. Pflichtaufgabe der neuen Ratsversammlung sei es deshalb, für Kiel ein neues Energiekonzept zu erarbeiten, das auf alternative und dezentrale Elemente setzt.

Ein politisches Alleinstellungsmerkmal schreiben sich die Grünen beim Thema Nahverkehr zu. Schließlich sei man die einzige politische Kraft, die sich klar zum Bau einer Stadtregionalbahn positioniere, meinte Scheelje.

Vermittelt werden soll das im Wahlkampf weitgehend ohne die Unterstützung von Prominenten. Die Ausnahme heißt Renate Künast und will ihren Kieler Parteifreunden am 9. Mai zur Seite stehen. Für den 13. Mai haben sich die Grünen außerdem den Bremer Umweltsenator Reinhard Loske eingeladen, der über Energieversorgung ohne Kohle und Atom sprechen soll. mag